

Marie Luise von Halem

**Rede zum Antrag der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Gewalt an Schulen vorbeugen – landesweite Strategie für Gewaltprävention entwickeln“ 10.11.2011**

Es gilt das gesprochene Wort !

Anrede,

Sie erinnern sich sicher, als Kinder hatten wir Suchspiele: zwei Bilder, der Auftrag: finde die fünf Unterschiede. Manchmal konnte man dabei was gewinnen. Genau so habe ich mich gestern gefühlt, als ich den Entschließungsantrag der Koalitionsparteien gelesen habe. Wo ist eigentlich der Unterschied?

Geht es tatsächlich nur darum, dass der Oppositionsantrag eine landesweite Strategie fordert, die Koalitionsparteien aber formulieren, es gebe eine landesweite Strategie und könne deshalb jetzt nur um die Weiterentwicklung derselben gehen?

Das klingt nach Sandkasten. Können wir nicht – gerade bei einem solchen Thema! - dieses Niveau verlassen? Was hindert die Koalitionsparteien daran, dem Oppositionsantrag einfach zuzustimmen? Uns jedenfalls wird nichts daran hindern, beiden vorliegenden Anträgen zuzustimmen.

Wie vielfältig die bestehenden Angebote sind, das können wir alle den diversen Kleinen Anfragen entnehmen. Wahrscheinlich ist es wirklich nicht nötig, noch mehr Präventionsangebote zu machen. Aber die entscheidende Frage ist doch eine andere: Solange es Gewaltvorfälle gibt, haben wir den optimalen Sättigungsgrad bei der Streuung der Präventionsmaßnahmen nicht erreicht. Solange es Gewaltvorfälle gibt – und das wird es sicher noch lange geben – lohnt es sich, darüber nachzudenken, ob wir in der Prävention das richtige machen. Die richtigen Methoden, die richtigen Leute, die richtige Intensität und das richtige echte Leben rundherum. D.h., wir müssen diese Debatte immer wieder neu führen.

Dabei haben wir als Bündnisgrüne den Oppositionsantrag auch nie so verstanden, dass sich durch eine Evaluation die eine richtige Präventionsmaßnahme herauskristallisiert, die dann alle

übernehmen müssten. Sondern aus unserer Sicht ist es entscheidend, dass einzelne Akteure an einzelnen Orten, Kommunen, Schulen, Klassen, vergessen wir die Kitas nicht, sich jeweils von untereinander über die für sie passenden Maßnahmen verständigen. Allein dieser Verständigungsprozess ist schon der erste Teil der Präventionsmaßnahme!

Von Landesebene ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Informationen gut aufgearbeitet sind, damit alle Interessierten sich ein möglichst gutes Bild von den bestehenden Angeboten, ihren Rahmenbedingungen und Zielsetzungen machen können. Damit es z.B. einer Lehrerin, die Hilfe braucht, nicht so geht wie mir angesichts dieser beiden vorliegenden Anträge.